

„Inklusion“ ist Gebot der Stunde

Beauftragte der Bundesregierung, Karin Evers-Meyer, besucht die Lübbecker Werkstätten

MINDEN-LÜBBECKE ■ Vertreter aus zehn Werkstätten für Menschen mit Behinderung aus Ostwestfalen-Lippe trafen sich zum Gespräch mit der Beauftragten der Bundesregierung für Menschen mit Behinderung, Karin Evers-Meyer.

Als Vertreter der Werkstätten konnte Bernd Wlotkowski (Geschäftsführer Lübbecker Werkstätten) viele Menschen mit Behinderung aus den Werkstatträten sowie Leitungskräfte begrüßen.

Zum Gespräch waren außerdem Lothar Ibrügger, (MdB), Inge Howe (MdL), Hans-Jörg Deichholz (Kreissozialdezernent), Klaus Marschall (Kreis-Koordinator für Behindertenbelange) gekommen.

Das Thema Arbeit hat für die Beschäftigten in Werkstätten einen besonderen Stellenwert, betonte Bernd Wlotkowski: „Unsere Beschäftigten gehen wie jeder andere Mensch täglich zur Arbeit. Sie verdienen Geld, sind selbständig renten-, kranken- und pflegeversichert. Darüber hinaus bieten Werkstätten mehr als „nur“ Arbeit. Sie sind auch der sozialen Rehabilitation verpflichtet. Sie bieten Teilhabe

■ Thema Arbeit hat hohen Stellenwert

am Leben in der Gemeinschaft.“ Besonders schwer sei es, Menschen mit geistigen, psychischen oder schwerstmehrfachen Behinderungen auf den Arbeits-



Bianca Utech, MdB Lothar Ibrügger, Beauftragte der Bundesregierung Karin Evers-Meyer, Viktoria Awizus, MdL Inge Howe, Lotti Köster (vorn sitzend), Michael Mehlretter, Geschäftsführer der Lübbecker Werkstätten Bernd Wlotkowski und Ralf Kammel.
Foto: Lebenshilfe

markt zu vermitteln, so Wlotkowski: „Bei fünf Millionen Arbeitslosen ist eine Vermittlung nahezu unmöglich. Zu unterstellen, dass Werkstätten nicht nach besten Kräften daran mitwirken, ist nicht redlich. Rehabilitation ist unser Auftrag. Wir wünschen uns, dass wir stärker und umfassender eingebunden werden. Es gibt jedoch entgegengesetzte Überlegungen. Bestrebungen, Kernbereiche wie den Be-

rufsbereich aus den Werkstätten abzuziehen, dienen nicht der Bündelung von Ressourcen.“ „Werkstatt für Menschen mit Behinderung - Auslaufmodell oder Zentrum für Teilhabe, Bildung und Arbeit“, lautete der Titel des Vortrags von Karin Evers-Meyer. Sie erläuterte zunächst die gesetzlichen Veränderungen. Der Wille der Betroffenen steht im Vordergrund. Für die Einrichtungen

ist das mit einigen Veränderungen verbunden. Der Mensch mit Behinderung erhält ein persönliches Budget. „Er tritt gegenüber der Einrichtung als Kunde und Arbeitgeber auf.“ Evers-Meyer forderte die Werkstätten auf, mehr Kooperation mit der Privatwirtschaft zu suchen. Gleichzeitig sollten Anreize für Werkstätten geschaffen und die soziale Sicherheit auch auf dem allgemeinen Arbeits-

markt sichergestellt werden. Grundsätzlich teilte sie mit: „Wir können es uns in Deutschland nicht leisten, eine ganze Gruppe von arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen außen vor zu lassen.“ Nicht Integration sondern Inklusion - vom ersten Lebenstag an - sei das Gebot der Stunde. Jürgen Lindemann, Vorsitzender des Werkstattrates der Menschen mit Behinderung in der Werkstatt Gü-

tersloh, machte deutlich, dass insbesondere die Punkte Einkommen und soziale Sicherheit von größter Bedeutung seien. Ein Wechsel auf den allgemeinen Arbeitsmarkt ist nicht nur wegen mangelnder Stellen nahezu unmöglich. Auch fehlende soziale Sicherheit erschwert den Schritt. Nur ganz wenige Kollegen kommen dafür in Betracht und noch weniger können so wechseln.